

Pressemitteilung aus der FDP Fraktion

FDP-Fraktion unterstützt Ergänzungsbau Regierungsgebäude

Für den Ergänzungsbau Regierungsgebäude in Frauenfeld legt der Regierungsrat ein Kreditbegehren in der Höhe von 39.8 Millionen Franken vor. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass ein wirtschaftliches und effizientes Bürogebäude die Bestrebungen nach einer wirkungsorientierten Verwaltung begünstigt. Die FDP-Kantonsrätinnen und Kantonsräte unterstützen das Vorhaben und empfehlen, dem Kreditbegehren zuzustimmen.

Das überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum und die steigenden Anforderungen an die öffentliche Verwaltung haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich die räumlichen Organisationsstrukturen der kantonalen Verwaltung dezentral entwickelt haben. Es mussten Büroräumlichkeiten gemietet und gewisse Fachbereiche ausgelagert werden. Für effiziente und effektive Arbeitsprozesse sind dezentrale Arbeitsplätze nicht förderlich, sie erschweren die Entwicklung einer wirkungsorientierten Verwaltung. Der Regierungsrat erkannte das schon länger und gab basierend auf einer Immobilienstrategie ein Vorprojekt für den Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes in Auftrag. Das neue Gebäude soll an zentraler Lage, unmittelbar neben dem Regierungsgebäude entstehen und die Voraussetzungen schaffen, um verschiedene Funktionsbereiche an einem Standort zu konzentrieren. Das Ziel: Organisationsstrukturen der Verwaltung optimieren und Kosten für externe Mieten langfristig reduzieren

Funktional und ökologisch

Das Siegerprojekt des umfangreichen Wettbewerbs überzeugt durch die Einpassung in die Umgebung zwischen Regierungsgebäude, Altstadt und neuerer Wohnüberbauung. Neben der hohen Funktionalität zeichnet sich das Vorhaben durch die Berücksichtigung ökologischer Aspekte aus. Ein überwiegender Teil der Baumaterialien soll aus Thurgauer Holz bestehen. Es wurde Wert darauf gelegt, Synergien zu nutzen. So ist beispielsweise vorgesehen, die Tiefgarage auch öffentlich zu nutzen. Im Gegenzug soll die Innenstadt von Frauenfeld durch die Aufhebung von überirdischen Parkplätzen entlastet werden. Die Kostenprognosen für das Projekt in der Höhe von 39.8 Millionen Franken sind nachvollziehbar und weisen auf eine zweckmässige Lösung hin. Die FDP-Kantonsrätinnen und -Kantonsräte unterstützen deshalb das Vorhaben im Grundsatz und empfehlen, dem Kreditbegehren zuzustimmen.

2. Dezember 2019, FDP.Die Liberalen Thurgau, Telefon 071 672 17 20, Mail: info@fdp-tg.ch

Kontakt: Kantonsrat René Walther, Fraktionssprecher, Telefon 079 378 36 88